

Wort zur Aufnahme von Flüchtlingen in Österreich

Gremium	Generalsynode der Evangelischen Kirche A.u.H.B. in Österreich
Funktionsperiode	XI. Generalsynode
Session	2. Session
Beschlussdatum	18. Mai 1994, Wien
ABl. Nr.	101/1994

1. Die Evangelische Kirche ist beunruhigt über die Situation vieler Menschen, die als Flüchtlinge nach Österreich kommen und hier Schutz und Hilfe suchen.
2. Wir sind bestürzt darüber, dass es in Österreich erschwert wurde, Flüchtlingen Asyl zu gewähren.
3. Wir weisen ausdrücklich darauf hin, dass die Verpflichtungen aus der Europäischen Menschenrechtskonvention als Verfassungsgesetz von allen staatlichen Behörden einzuhalten sind.
4. Aus unserer christlichen Verantwortung können wir nicht hinnehmen,
 - dass Asylwerber während des Verfahrens kein Aufenthaltsrecht bekommen,
 - dass Asylwerber während des Verfahrens in Schubhaft genommen werden,
 - dass die Drittlandsklausel zu restriktiv ausgelegt wird,
 - dass Flüchtlinge in Länder abgeschoben werden, ohne dass ausreichend geprüft wird, ob sie dort sicher sind,
 - dass Flüchtlinge, obwohl sie faktisch nicht abgeschoben werden können, kein Aufenthaltsrecht und damit auch keine staatliche Unterstützung bekommen.
5. Wir erheben mit Nachdruck die Forderung, dass Fremde von den Rechten, die sie in Österreich haben, in einer ihnen verständlichen Sprache in Kenntnis gesetzt werden.
6. Als Evangelische möchten wir das in unseren Kräften Stehende dazu beitragen, dass Flüchtlinge und Asylsuchende in unserem Land Schutz und eine menschenwürdige Aufnahme finden.
- 7.1 Wir rufen die Pfarrgemeinden und Einrichtungen unserer Kirchen auf, hier gemeinsam zu helfen: „Nehmt die Menschen auf, die vor unseren Türen stehen“.

- 7.2 Dazu halten wir es für notwendig, dass Rechtsbeistand für Fremde sichergestellt wird und dass unsere Kirche diese Arbeit durch zusätzliche finanzielle Mittel erleichtert und verbessert.
8. Wir haben Verständnis dafür, dass Evangelische Pfarrgemeinden sich verpflichtet sehen, nach eingehender Prüfung als letzte Möglichkeit des Schutzes Flüchtlingen „Kirchenasyl“ zu gewähren.